



## Niederschrift

### 78. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 14.11.2007
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:58 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	bis 19:10 Uhr
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Kümmel, Harald	SPD	bis 20:30 Uhr
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	von 17:10 - 20:05 Uhr
Herr Heinzel, Horst	CDU	ab 17:15 Uhr
Frau Paulsen, Bettina	CDU	bis ca. 19:35 Uhr
Herr Schröder, Michael	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	ab 17:25 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis 19:05 Uhr
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	ab 17:45 Uhr

#### Nicht anwesend ist:

Herr Schubert, Mike	SPD	entschuldigt
---------------------	-----	--------------

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1  
Frau Fischer, GB 2  
Frau E. Müller, GB 3  
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4  
Herr Hütte, Potsdamer Tourismus Service  
Herr Weis, Verkehrsbetrieb Potsdam  
Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam  
Herr Munder, Frau Vandr , Stadtentsorgung Potsdam  
Vertreter des Tierschutzvereins Potsdam\_  
Frau Kleine, Bereich Wirtschaftsförderung  
Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt  
Herr Schweers, Jugendamt  
Herr Ernst, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt  
Herr Weise, Geschäftsstelle GB 4  
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters  
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 24.10.2007
- 2 Kostenlose Kinderbetreuung  
Vorlage: 07/SVV/0493  
Fraktion Familien-Partei
- 3 Themenjahr 2009  
Vorlage: 07/SVV/0688  
Fraktion Grüne/B90
- 4 Keine Gebührenerhöhung der STEP  
Vorlage: 07/SVV/0742  
Fraktion CDU
- 5 Standesamtliche Trauung im Schloss Kartzow  
Vorlage: 07/SVV/0793  
Fraktion SPD
- 6 Externe Stellenbesetzung der Stelle 492 000 16 "Sachbearbeiter/in denkmalpflegerisches Steuerwesen"  
Vorlage: 07/SVV/0986  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Bericht aus der Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern
- 7.2 Vorschläge zur Verwendung der konsumtiven Hauptstadtmittel 2008  
Vorlage: 07/SVV/1027  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen
- 7.3 Touristischer Marketingplan 2008  
Vorlage: 07/SVV/0983  
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 8 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 24.10.2007**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, diese um die Mitteilungsvorlage, DS 07/SVV/1021, Investitionsplanung der EWP Sparte Wasser für das Jahr 2007, und auf Antrag der Fraktion DIE LINKE um die Mitteilungsvorlage DS 07/SVV/0992 sowie einen entsprechenden Sachstandsbericht dazu zu erweitern. Zum Tagesordnungspunkt 3 schlägt er vor, diesen zu verschieben, da es hier eine Vereinbarung zwischen Frau Hüneke und Frau Dr. Sommer zu einem Gespräch gebe, was aber noch nicht stattgefunden habe.

Zum Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ werden Informationen zu der verabredeten Vor-Ort-Besichtigung der Bauverwaltung und zum Genehmigungsverfahren Stadtkanal gegeben. Herr Dr. Scharfenberg bittet unter „Mitteilungen der Verwaltung“, auch Informationen zur Vergabe des Tierheims und zu den im letzten Hauptausschuss verabredeten Prüfungen zu geben sowie einen Punkt „Mitarbeiterbefragung in der Bauverwaltung“ aufzunehmen.

Gegen die vorgeschlagenen Änderungen erhebt sich kein Widerspruch; die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 77. Sitzung vom 24.10.2007 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird einstimmig bestätigt.

#### **zu 7.3 Touristischer Marketingplan 2008**

**Vorlage: 07/SVV/0983**

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Hütte vom Potsdamer Tourismus Service. Herr Hütte erläutert den vorliegenden Marketingplan und geht dabei auf Schwerpunkte und Ziele ein, die u.a. die nachhaltige Steigerung der Verweildauer von Touristen, mehr Übernachtungen, eine Qualitätsverbesserung, eine erhöhte Wertschöpfung und eine Steigerung im Tagestourismus beinhalten. Im Weiteren wolle man mehr Präsenz auf dem Potsdamer Hauptbahnhof erlangen und darüber hinaus auch eine erhöhte Präsenz auf dem internationalen Markt sowie eine Verstetigung der Produkte. Der Touristische Marketingplan für 2008 liege in Absprache mit allen touristischen Akteuren vor und soll bei einem positivem Votum als formale Arbeitsgrundlage dienen.

In der nachfolgenden Diskussion bezieht sich Frau B. Müller auf den Punkt 6.4 und betont, dass sie sich darüber freue, dass zukünftig auch wieder die Einbindung der Politik vorgesehen sei. Bezüglich der auf Seite 31 beschriebenen Präsenz der Landeshauptstadt in den Partnerstädten fragt sie nach, wie das in der Partnerstadt Luzern erfolgen solle. Frau Knoblich fragt unter Bezugnahme auf die im Punkt 2.1 genannte Feststellung, dass die Marketingmaßnahmen nur realisiert werden können, wenn die notwendige Kofinanzierung und Beteiligung der touris-

tischen Partner ausreichend gewährleistet ist, nach der Zuverlässigkeit der touristischen Partner. Herr Dr. Gunold merkt kritisch an, dass mit der Partnerstadt Bobigny vereinbart wurde, dass Werbeprospekte in der PTS ausgelegt werden, was aber in 2007 nicht stattgefunden habe.

Herr Hütte antwortet auf die o.g. Fragen und Anmerkungen, dass die Kofinanzierung funktioniere, aber noch optimierbar sei. Bezüglich der Marketingumlage sei man auf einem gutem Weg in den derzeitigen Beratungen.

Bisher seien alle Projekte realisiert worden, wenn diese „auskömmlich“ finanziert worden seien.

Das seien aber alles „Dinge“, die auf dem vorgesehenen Tourismustag vorgestellt werden sollen.

Die Partnerstädte, so Herr Hütte, seien formal nicht Bestandteil des Vertrages mit der Landeshauptstadt Potsdam. Er habe festgestellt, dass die Leute eher verwirrt seien, wenn sie Prospekte der Partnerstädte in der Tourismus-Information finden und meint, dass das eindrucksvoller in einem Bürgerbüro dargestellt werden könne. Zum anderen habe das auch einen finanziellen Aspekt, denn jede belegte Werbefläche koste entsprechend Geld. Bezüglich der Frage nach Luzern verweist er drauf, dass die Schweiz zum wichtigsten Markt zähle und bittet um etwas Geduld, da man dabei sei, diesen Markt zu erschließen.

Der Oberbürgermeister sichert weitere Gespräche mit Herrn Hütte zum Thema Partnerstädte zu.

Frau Dr. Müller fragt nach, welcher Vorlauf nötig sei, um die Themen des Jahres entsprechend berücksichtigen zu können. Herr Hütte meint, dass 3 Jahre wünschenswert und 2 Jahre unbedingt notwendig seien, um auch die notwendigen Partner finden zu können und die Themenjahre in den Katalogen unterzubringen. Abschließend informiert Herr Hütte auf Nachfrage von Frau Paulsen über die Potsdam-card und das Vorhaben, diese auch im nächsten Jahr anzubieten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## zu 2

### **Kostenlose Kinderbetreuung**

**Vorlage: 07/SVV/0493**

Fraktion Familien-Partei

Der Oberbürgermeister gibt das zustimmende Votum des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis. Frau E. Müller ergänzt, dass die Intentionen des Antrags im o.g. Ausschuss deutlich erörtert worden seien und die Landeshauptstadt in Folge dessen auch auf das Land zugehen werde. Sie macht darauf aufmerksam, dass bei einer Umsetzung des Anliegens Mehrkosten in Höhe von 4 Millionen Euro entstehen würden und die Verwaltung eine 1:1 – Umsetzung als nicht so sinnvoll betrachte, weil auch finanziell „starke“ Familien davon profitieren würden. Wenn zusätzliche Gelder zur Verfügung stehen würden, sollten diese für Kinder mit besonderem Förderungsbedarf eingesetzt werden.

Frau Dr. Müller entgegnet, dass diese Argumente auch im Jugendhilfeausschuss vorgetragen wurden und sicher in das Stimmverhalten eingeflossen seien. Hier gehe es insbesondere darum, dass das Anliegen nicht zu Lasten der Kommune gehe, sondern in Richtung der Landesregierung. Was dann passiere, sei allgemein bekannt. Bekannt sei auch, dass das Anliegen nicht morgen und nicht übermorgen umgesetzt werden könne; trotzdem sei mehr Unterstützung für eine zielgerichtete Arbeit wünschenswert.

Herr Mühlberg meint, dass der Antrag auf eine Umverteilung der Mittel „von unten nach oben“ hinauslaufe, weil auch gut verdienenden Eltern eine „Menge Geld“

erlassen werde, was er für kritisch halte. Die Zuständigkeit für die Kinderbetreuung liege nun mal bei der Kommune und nicht beim Land. Somit stehe es der Kommune frei, die Satzung zur Kinderbetreuung zu ändern und dies dann auch finanziell abzusichern. Das bisherige Anliegen sei eine bessere Vorbereitung der Kinder auf die Schule und ein kostenloses Kita-Jahr vor der Schule gewesen, was der Antrag aber nicht aussage. Weil dieser zu pauschal abgefasst sei, werde er keine Zustimmung geben.

Herr Gohlke erläutert anschließend die Hintergründe des Antrags und verweist Bezug nehmend auf die Bemerkung von Herrn Mühlberg darauf, dass eine Satzungsänderung so einfach wohl nicht möglich sein werde und auf die in den großen Parteien laufende Diskussion zur kostenlosen Kinderbetreuung. In Kitas finde ebenso wie in den Schulen Bildung statt und Schulbildung sei auch kostenlos. Fakt sei, dass es allein mit dem Elterngeld keine Erhöhung der Geburtenzahlen gebe, denn die sei nach wie vor rückläufig. Deshalb sollte die Möglichkeit genutzt werden, ein Signal seitens der Stadtverordnetenversammlung zu setzen und dem Land mitzuteilen, dass hier eine andere gesetzliche Regelung gewünscht sei.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass seine Fraktion den Antrag unterstützen werde. Er halte ihn zwar für populistisch, weil weit von landes- und bundespolitischen Realitäten entfernt, trotzdem sei es wichtig, ein deutliches Signal auszusenden. Die Auffassung in der Gesellschaft habe sich dahingehend gewandelt, dass die Gesellschaft auch für die Kinderbetreuung Verantwortung trage.

Der Oberbürgermeister verweist abschließend darauf, dass landesgesetzliche Regelungen existieren, an die die Stadt gebunden sei. Der vorliegende Antrag sei ein Signal, das zu ändern, was ja noch „relativ einfach“ zu machen sei. Dann aber bleibe die Stadt allein auf den Kosten „sitzen“ und das könne die Lösung nicht sein. Da das Anliegen nicht ausreichend differenziert sowie die Adressaten und Schlussfolgerungen nicht klar formuliert seien, werde er sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam fordert die Landesregierung Brandenburg dazu auf, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine generell kostenlose Kinderbetreuung in Kindertagesstätten, Horten und bei anderen Betreuungsformen zu schaffen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	7

zu 3

**Themenjahr 2009**  
**Vorlage: 07/SVV/0688**  
Fraktion Grüne/B90

**zurückgestellt**

zu 4      **Keine Gebührenerhöhung der STEP**  
**Vorlage: 07/SVV/0742**  
Fraktion CDU

Der Oberbürgermeister trägt die Voten des Ausschusses für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft und für Finanzen vor.

Der Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft hat einem geänderter Betreff (Keine Preiserhöhung der STEP) und einem **geänderten Beschlusstext** mit dem Wortlaut

**„Die städtischen Aufsichtsratsmitglieder werden sich in der Gesellschaft dafür einsetzen, dass bis zum 31.12.2016 keine Preiserhöhungsanträge der STEP an die Stadt Potsdam gestellt werden.“** zugestimmt.

Der Ausschuss für Finanzen hat ebenfalls einem **geänderten Beschlusstext** mit dem Wortlaut

**„Die städtischen Aufsichtsratsmitglieder in der STEP werden gebeten, dahingehend Einfluss zu nehmen, dass durch Kostensenkung und -optimierung der bis 2009 geltende Festpreis weiterhin Gültigkeit hat und bis 2012 erhalten bleibt.**

**Über mögliche Kostensteigerungen durch externe Einflüsse ist vorab im Hauptausschuss durch den Gesellschafter Bericht zu erstatten.“** zugestimmt.

In der sich anschließenden Diskussion meint Herr Kümmel, dass es sich bei dieser Drucksache ebenso um einen populistischen Antrag handele und empfiehlt, den geänderten Beschlusstext des Ausschusses für Finanzen anzunehmen, da durch Optimierung darauf hingewirkt werden könne, dass Preise stabil bleiben.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass man derzeit intensiv damit beschäftigt sei, über Gebühren zu sprechen und das positive Auswirkungen habe, wie z.B. bei der Straßenreinigungsgebührensatzung zu sehen sei. Im Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft habe es ein Signal der STEP gegeben, dass eine Preisstabilität bis 2016 untersetzt werden könne. Aufgabe der Stadtverordneten sei es, ein höchstmögliches Maß an Stabilität zu sichern.

Herr Schröder widerspricht den Ausführungen von Herrn Kümmel, der Antrag sei populistisch und übernimmt namens der Fraktion CDU den vom Ausschuss für Finanzen empfohlenen geänderten Beschlusstext. Er betont, dass die Zielstellung 2016 aber beibehalten werden solle.

Frau Bankwitz merkt an, dass sie bisher vorausgesetzt habe, dass bürgerfreundliche Gebühren angestrebt werden und dass das nicht durch Stadtverordnete oder Fraktionen zu beantragen sei.

Herr Kümmel schlägt als Kompromiss eine Preisstabilität bis 2014 vor, da nach einem „gewissen Abstand“ neu über Preise verhandelt werden müsse – alles andere sei unehrlich und höhere Kosten blieben beim Unternehmen „hängen“.

Herr Mühlberg gibt zu bedenken, dass man eine „Bugwelle“ erzeuge, wenn die Preise nicht regelmäßig angepasst werden und diese Bugwelle nach 2014 wirksam werde. Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass derzeit ein Tarif nach dem anderen erhöht werde und die Stadtverordneten hier eine Verantwortung tragen. Seitens der STEP habe es im Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft das genannte Signal gegeben und das sollte jetzt auch nicht klein geredet werden.

Herr Schüler meint, dass alle gleichermaßen an einer möglichst geringen Steige-

zung der Gebühren interessiert seien. Ihm fehle allerdings eine Aussage zu den Auswirkungen einer Preisbindung für die STEP selbst, denn die Stadtverordneten hätten auch eine Verantwortung für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, sich im Aufsichtsrat der STEP damit auseinander zusetzen, wie das Anliegen umgesetzt werden könne und empfiehlt, den vom Ausschuss für Finanzen vorgeschlagenen Beschlusstext mit der von Herrn Kümmel genannten Preisstabilität bis 2014 die Zustimmung zu geben.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die städtischen Aufsichtsratsmitglieder in der STEP werden gebeten, dahingehend Einfluss zu nehmen, dass durch Kostensenkung- und Optimierung der bis 2009 geltende Festpreis weiterhin Gültigkeit hat und bis 2014 erhalten bleibt. Über mögliche Kostensteigerungen durch externe Einflüsse ist vorab im Hauptausschuss durch den Gesellschafter Bericht zu erstatten.“

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 5

**Standesamtliche Trauung im Schloss Kartzow**

**Vorlage: 07/SVV/0793 - neue Fassung**

Fraktion SPD

mit Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke und Die Andere

Der Oberbürgermeister verweist auf die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses getroffene Festlegung, dass der Antrag seitens der Verwaltung präzisiert werde und schlägt folgenden Beschlusstext vor:

*Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam wird damit beauftragt, zusätzlich zum Stadthaus Potsdam, zum Belvedere auf dem Pfingstberg, zum Krongut in Bornstedt und zur Angerkirche auch in den neuen Ortsteilen Räumlichkeiten für eine würdevolle Durchführung von Eheschließungen zu widmen und damit die Landeshauptstadt Potsdam zu einer Hochzeitsdestination – auch im touristischen Sinne – zu entwickeln.*

Damit, so der Oberbürgermeister, soll ein Wettbewerb ermöglicht und eine Festlegung von vornherein auf Kartzow verhindert werden, wozu es auch eine juristische Stellungnahme gebe. Herr Kümmel betont, dass es Ziel des Antrags gewesen sei, für die neuen Ortsteile eine Möglichkeit der Eheschließung zu schaffen. Das sei mit dem vorgeschlagenen Beschlusstext auf den Weg gebracht und deshalb übernehme die Fraktion den Vorschlag.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass auch der Änderungsantrag der Fraktion Die Andere mit dem Wortlaut

*An diesen Orten soll ebenso die Eintragung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften ermöglicht werden.*

in die seitens der Verwaltung vorgeschlagene Textfassung mit aufgenommen und in der Januarsitzung des Hauptausschusses die Kriterien vorgestellt werden,

nach denen eine Auswahl von Orten erfolgen solle.

Auf die Nachfrage von Frau Paulsen bestätigt der Oberbürgermeister, dass auch das Schloss Kartzow in die Überlegungen mit einfließen werde.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam wird damit beauftragt, zusätzlich zum Stadthaus Potsdam, zum Belvedere auf dem Pflingstberg, zum Krongut in Bornstedt und zur Angerkirche auch in den neuen Ortsteilen Räumlichkeiten für eine würdevolle Durchführung von Eheschließungen zu widmen und damit die Landeshauptstadt Potsdam zu einer Hochzeitsdestination – auch im touristischen Sinne – zu entwickeln.

An diesen Orten soll ebenso die Eintragung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften ermöglicht werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 14

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

**zu 6 Externe Stellenbesetzung der Stelle 492 000 16 "Sachbearbeiter/in denkmalpflegerisches Steuerwesen"**

**Vorlage: 07/SVV/0986**

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 492 000 16 „Sachbearbeiter/in denkmalpflegerisches Steuerwesen“ im Fachbereich Stadterneuerung und Denkmalpflege wird befristet für 2 Jahre mit 36 Stunden pro Woche extern ausgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 15

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

**zu 7 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 7.1 Bericht aus der Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern**

Herr Jetschmanegg berichtet, dass die drei in der Stadtverordnetenversammlung an die Ortsbeiräte überwiesenen Drucksachen Straßenreinigungssatzung, Straßenreinigungsgebührensatzung und Flächennutzungsplan auf der Tagesordnung der o.g. Beratung gestanden haben und die Fragen der Ortsbürgermeister zu diesen Themen seitens der Fachverwaltung beantwortet wurden. Im Weiteren gab es Hinweise zur Haushaltsplanung 2008 sowie zu dem „Bericht zur Entwicklung der Ortsteile in der Landeshauptstadt Potsdam“. Das Verfahren zur Erstellung dieses Berichts beinhaltet, dass Mitte Dezember 2007 der erste Entwurf vorliege und bis Februar 2008 in den Ortsteilen beraten werden soll. Die Hinweise aus den Ortsbeiräten werden in den 2. Entwurf des Berichts mit einfließen, der

den Stadtverordneten zur Sitzung am 05. März 2008 übergeben werden soll. Im Weiteren wurde ein neues Verfahren zur Verteilung des Sachaufwandes ab 2009 vorgestellt, das ähnlich der Fraktionsfinanzierung einen Sockel- und einen Pro-Kopf-Betrag enthalte. Das Finanzvolumen werde annähernd gleich bleiben; Details dazu werden in dem Bericht zu Entwicklung der Ortsteile näher erläutert. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob auch die Einladung der Ortsbürgermeister in eine der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses besprochen wurde, entgegnet der Oberbürgermeister, dass eine entsprechende Einladung für die Sitzung am 12. Dezember angekündigt worden sei.

## **zu 7.2 Vorschläge zur Verwendung der konsumtiven Hauptstadtmittel 2008**

### **Vorlage: 07/SVV/1027**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen

Der Oberbürgermeister bittet, zu der vorliegenden Mitteilungsvorlage Nachfragen zu stellen. Daraufhin merkt Frau Dr. Schröter an, dass auf der Seite 2 drei Vereine „geschwärzt“ seien (Trägerverein Charlottenstr., Autonomes Frauenzentrum, Black Flower) und fragt nach, ob das bedeute, dass an diese keine finanziellen Mittel mehr fließen werden, was sie sehr bedauern würde. Frau Fischer bestätigt das und verweist darauf, dass es für die genannten Vereine eine Umstellung der Projektförderung gebe und Mittel ggf. aus anderen „Töpfen“ fließen werden. Entsprechende Anträge seien im Rahmen der Projektförderung bereits gestellt worden und es sei vorgesehen, dies auch im Kulturausschuss zu besprechen. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die Stadt seitens des Landes aufgefordert sei, auch neuen Projekten eine Chance zu geben.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass der finanzielle Rahmen der Projektförderung „mehrfach überzeichnet“ sei, was befürchten lasse, dass neue Antragsteller wenig Chancen haben.

Frau Paulsen fragt nach den im Punkt 1.1.8 für 2008 eingestellten Mitteln für das städtische Kulturmarketing und fragt, ob das nur für das eine Jahre gelte und danach keine Mittel vorgesehen seien. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass dahinter Einzelmaßnahmen stehen und die Förderung auch über 2008 hinaus erfolgen werde. Insofern habe es „nichts zu sagen“, wenn in den Folgejahren keine Mittel in der Tabelle aufgeführt werden.

Frau Bankwitz fragt Bezug nehmend auf die deutlich erhöhten Beträge für die „Profilierung Potsdams als Stadt der Wissenschaft“ (Pkt. 3.3), ob damit eine erneute Bewerbung Potsdams als Stadt der Wissenschaft verbunden und wie der Sachaufwand – Wirtschaftsförderung (Pkt. 3.1) untersetzt sei.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es keine erneute Bewerbung geben werde, Potsdam aber trotzdem als Wissenschaftsstandort gestärkt werden solle, wofür neben den Hauptstadtmitteln auch städtische Mittel vorgesehen seien. Die Untersetzung des Sachaufwandes – Wirtschaftsförderung könne er im Einzelnen nicht benennen; hier sei man aber gut beraten, auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung und internationalen Anerkennung der Stadt die Förderung zu verstärken.

Die Begründung für die unter Punkt 3.5 – Begleitung wichtiger Infrastrukturprojekte des Landes - eingestellten Mittel sei wenig konkret, so Herr Gohlke, und erscheine als Verteilung „per Gießkanne“. Deshalb schlage er vor, den bisherigen Betrag „einzufrieren“ und die restlichen Mittel der Wirtschaftsförderung oder dem Sport zuzuschlagen. Der Oberbürgermeister sagt zu, diesen Hinweis mitzunehmen, betont aber, dass die Stadt damit schlecht beraten sei. In den nächsten Jahren werde es erhebliche Investitionen in der Landeshauptstadt geben, die gegenüber anderen Städten in der Region schon jetzt schwer zu kommunizieren seien. Potsdam müsse dazu ebenso einen Beitrag leisten und dürfe nicht nur

„jammern“.

Frau Dr. Schröter bezieht ihre Nachfrage auf den Punkt 4 – Stiftung Baukultur, (eine Personalstelle), die bekanntermaßen noch nicht besetzt sei und die Möglichkeit, die nicht in Anspruch genommenen Mittel anderweitig zu verwenden. Herr Weise erläutert, dass diese Variante nicht in Betracht komme, weil diese Unterstützung der Stadt entsprechend der Bewerberschrift erfolge, die Entscheidung noch in diesem Jahr getroffen und die Mittel dann auch benötigt werden. Die Inanspruchnahme werde sozusagen „geschoben“; an der Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel ändere sich nichts.

Herr Dr. Scharfenberg fragt abschließend nach, ob eine anderweitige Verwendung nicht in Anspruch genommener Mittel für die Potsdamer Mitte möglich sei, was der Oberbürgermeister verneint, da davon auszugehen sei, dass die Stadt diese in voller Höhe dafür ausschöpfen werde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

neu

### **Investitionsplanung der EWP Sparte Wasser für das Jahr 2007**

**Vorlage: 07/SVV/1021**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass die Investitionsplanung gemäß Ver- und Entsorgungsvertrag zwischen EWP und Landeshauptstadt abzustimmen und jährlich vorzulegen sei. Darauf habe die Stadtverordnetenversammlung großen Wert gelegt, denn die Investitionen seien „Stellschrauben“ für die Preisgestaltung und die Stadtverordneten wollten hier mitwirken und sehen, ob auch die „richtigen“ Investitionen geplant seien. Jetzt erhalte der Hauptausschuss eine Mitteilungsvorlage zur Kenntnis über Dinge, die sowieso schon laufen und nicht mehr zu beeinflussen seien. Ihn interessiere die Planung für 2008, um den Einfluss auf die daraus entstehenden Preise nehmen zu können.

Der Oberbürgermeister bestätigt die Verpflichtung zur Information des Hauptausschusses, was aber nicht bedeute, dass eine politische Einflussnahme damit geltend gemacht werden könne. Die getätigten Investitionen erfolgten im notwendigen Maße und in erster Linie in den neuen Ortsteilen, was sich nicht kostensteigernd ausgewirkt habe. Er meine, der Hauptausschuss sei nicht der richtige Rahmen, um Investitionen zu beeinflussen – das Anliegen war die Herstellung einer gewissen Transparenz.

Dem widerspricht Herr Dr. Scharfenberg und verweist darauf, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2002 aussage, dass die Stadtverordneten darauf Einfluss nehmen können. Das sei auch deshalb wichtig, weil Investitionen einen wichtigen Kostenfaktor darstellen.

Herr Kümmel meint, hier sei man wieder beim Stichwort „Bugwelle“, denn wenn die Investitionen keine Auswirkungen auf 2008 haben, so sagt das noch nichts über die Auswirkungen auf die Folgejahre aus. Der Hauptausschuss sei aber auch nicht das Gremium, was darüber entscheiden könne, welche Investitionen im Bereich Wasser/Abwasser die notwendigen seien.

Frau Bankwitz verweist darauf, dass Mitte November die meisten Arbeiten gelaufen seien. Die Planung vorzulegen, sei in Ordnung, aber das müsste ein dreiviertel Jahr früher passieren. Und wenn die Mitteilung erst jetzt erfolge, sei die Frage, warum dem kein Ist-Stand gegenübergestellt worden sei.

Frau Dr. Kuick-Frenz sieht die Kritik als berechtigt an und sichert zu, dass bei der Beratung der Wasser- und Abwassersatzungen die Investitionsplanung für 2008 erläutert werde.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann die Stadt grünes Licht für die Investitionsmaßnahmen gegeben habe, entgegnet Herr Exner, dass es für die Stadt von Vorteil sei, wenn erst ein spätes „okay“ gegeben werde, weil dann die

EWP alle Investitionen auf eigenes Risiko tätige. Er weist im Weiteren darauf hin, dass gegenüber der ursprünglichen Planung in 2007 eine Millionen Euro weniger verbraucht wurde und bestätigt die Forderung, die Investitionsplanung für 2008 früher vorzulegen.

neu

### **Sachstandsbericht zum „Off-line-Klub“**

**Vorlage: 07/SVV/0992**

Oberbürgermeister, FB Jugendamt

Herr Schweers erläutert eingangs, dass für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Dezember eine ausführliche Mitteilungsvorlage im Geschäftsgang sei und sich die zur Umsetzung des Projekts gebildete Arbeitsgruppe regelmäßig treffe und intensiv an der Umsetzung arbeite. Die Entscheidung, den Bau in zwei Abschnitten zu realisieren, um den Betrieb nicht einstellen zu müssen habe mehr Bauzeit und höhere Kosten zur Folge. Im Weiteren begründe sich die Finanzlücke in den Abrisskosten der bislang genutzten Container, in der Vergrößerung des Baus, in den größeren Außenflächen sowie mit der Baukonjunktur und der Erhöhung der Mehrwertsteuer. Zur Schließung der entstandenen Finanzlücke in Höhe von 470.000 Euro solle auf das Land zugegangen werden und eine Umschichtung im kommunalen Investitionshaushalt erfolgen.

Herr Dr. Scharfenberg kritisiert, dass über die genannte Deckungslücke erst auf Nachfrage informiert worden sei und betont, dass gerade in Drewitz ein besonders hoher Bedarf bezüglich einer Jugendeinrichtung dieser Art bestehe. Er fordere, den Umfang des Bauvorhabens nicht in Frage zu stellen und die Verantwortung für die Deckungslücke nicht auf den SC Potsdam abzuschieben. Zu prüfen sei eine Fördermöglichkeit im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“, da es hier Signale aus dem zuständigen Ministerium gegeben habe, dass das nicht aussichtslos sei.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass keine Änderung des Projekts geplant sei, aber trotzdem eine halbe Millionen Euro fehle. Dazu werde es in der Haushaltsatzung 2008 einen entsprechenden Lösungsvorschlag geben und die Stadtverordnetenversammlung müsse dann eine Entscheidung treffen. An dem zur Verfügung stehenden Gesamtvolumen für Investitionen werde sich nichts ändern und so müsse eine Umverteilung erfolgen.

Herr Kümmel merkt kritisch an, dass die klaffende Finanzlücke erst sehr spät zur Kenntnis gegeben wurde, obwohl das der KIS schon hätte früher wissen müssen. Er meine, dass das ohne zusätzliche Landeshilfe nicht zu schaffen sei.

Frau Dr. Müller kritisiert die damit verbundene ständige Terminverschiebung der Fertigstellung und das nicht offene Benennen der Probleme. Damit verbunden sei die Frage, ob das der richtige Umgang miteinander sei und nicht hätte früher informiert werden müssen. Auf ihre Nachfrage, wie sich die Unterdeckung zusammensetze, benennt Herr Schweers die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Erhöhung der Marktpreise, die nicht geplanten Abrisskosten, die Bauzeitverlängerung und die Flächenerweiterung. Er informiert im Weiteren darüber, dass auch die Verwaltung die Signale des Ministeriums erhalten habe und derzeit davon ausgehe, dass ca. 200.000 Euro möglich seien, die man auch auszuschöpfen versuche. Bezüglich der späten Information zur Finanzlücke verweist er auf den im Sommer 2007 vorliegenden Architekturentwurf und die damit verbundenen Kosten. Anschließend wurde der Entwurf „abgespeckt“ und erst am 22.10.07 sei in der genannten Arbeitsgruppe die endgültige Summe der Kosten festgestellt worden.

Im Weiteren werden Nachfragen von Herrn Kümmel zu dem dazugehörigen Grundstücksverkauf, von Frau B. Müller zum nicht berücksichtigten Containerabriss sowie von Herrn Dr. Scharfenberg zum beschlossenen Fertigstellungstermin des Projekts im IV. Quartal 2008 beantwortet. Der Oberbürgermeister entgegnet,

dass dieser Termin nicht gehalten werden könne, was Herr Schweers anschließend mit dem wegen der Finanzlücke noch nicht gestellten Bauantrag und der wegen der 2 Bauabschnitte längeren Bauzeit begründet.

Der Oberbürgermeister weist abschließend darauf hin, dass der Bauantrag trotz Finanzlücke gestellt werden könne und mit der Mitteilungsvorlage im Dezember auch ein geänderter Bauablauf vorgelegt werde.

**neu Terminvorschlag für eine „Vor-Ort-Besichtigung“ der Bauverwaltung**

Frau Dr. von Kuick-Frenz gibt als Termin für die Besichtigung der Bauverwaltung den 28. November 2007, 16:00 Uhr, Haus 1 –Bauservice- bekannt.

**neu Tierheim**

Herr Erdmann führt dazu aus, dass die vergaberechtlichen Aspekte seitens des Rechtsamtes noch geprüft werden und Ergebnisse in ca. zwei Wochen vorliegen werden. Durch die Kommunalaufsicht sei mit Schreiben vom 22. Oktober 2007 mitgeteilt worden, dass es seitens des Innenministeriums keine vergaberechtlichen Bedenken dazu gebe. Im Weiteren erläutert Herr Erdmann, dass der Tierschutzverein tatsächlich 126.000 Euro jährlich erhalten habe, obwohl im Haushalt 147.000 Euro eingestellt worden seien. Da der TSV keine Miete für die Nutzung der Liegenschaft an den KIS entrichtet habe, habe der Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz jährlich insgesamt 5.500 Euro Gebäudeabschreibung an den KIS, quasi stellvertretend für den TSV, entrichtet. Die darüber hinaus gehende Differenz sei für Tarifsteigerungen eingeplant worden und hätten seitens des Tierschutzvereins extra beantragt werden müssen, um ausgezahlt zu werden. Das sei jedoch nur im Jahr 2003 erfolgt.

Herr Ernst führt aus, dass die Bergung toter Tiere, einschließlich der Zwischenlagerung ausweislich eines vorliegenden Angebots der STEP - 5.000 Euro und die Kosten p.A. für Fundtiere innerhalb der Auffangstation (Miete, Strom, Reinigungskosten, Wasser) - 2.064 Euro betragen. Die anteiligen Personalkosten belaufen sich auf 4.500 Euro.

Diese Leistungen seien nicht Bestandteil der Ausschreibung gewesen.

Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass das Mehrkosten von über 10.000 Euro seien und in der Antwort zu seiner Kleinen Anfrage vom November davon ausgegangen wurde, dass das für die Stadt günstiger machbar sei. Da das aber nun nicht der Fall sei, halte er die Vergabe an das Pfötchenhotel für eine Fehlentscheidung. Im Weiteren fragt er nach, wann die Prüfergebnisse des Rechtsamtes vorliegen werden.

Herr Exner entgegnet, dass die Prüfung in ca. 2 Wochen abgeschlossen sein werde; es aber bereits eine kommunalaufsichtliche Prüfung mit dem Ergebnis gegeben habe, dass keine Fehler festzustellen seien. Frau E. Müller führt ergänzend zu den Kostendarstellungen aus, dass Ziel der Ausschreibung die Sicherstellung der tierschutz- und artgerechten Unterbringung der Tiere im Rahmen der bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sei.

Auf die Nachfrage von Herrn Schröder, wann es das Gespräch mit dem Tierschutzverein gegeben habe, antwortet Frau E. Müller, dass es mehrere Gespräche gegeben habe und es am kommenden Montag im Beisein des Tierheimbeirates ein weiteres geben werde.

**neu Information zum Genehmigungsverfahren Stadtkanal**

Frau Dr. von Kuick-Frenz führt dazu aus, dass in einem klärenden Gespräch am 1. November 2007 Einigkeit mit dem Landesumweltamt darüber erzielt worden sei, dass in dem für den Kanalbau notwendigen Planfeststellungsverfahren die angrenzenden Bauwerke, wie die Kanalmauern und Brücken nicht mit einbezogen werden. Somit gehe sie davon aus, dass das Plangenehmigungsverfahren bis Ende des I. Quartals 2008 abgeschlossen und die Bauarbeiten nach der Frostperiode fortgesetzt werden können.

**neu Mitarbeiterbefragung in der Bauverwaltung**

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, in denen er versichert habe, dass die Stadt sowohl über die Mitarbeiterbefragung als auch über deren Ergebnisse informiert habe. Er habe dazu die Sitzungsprotokolle und Mitteilungsvorlagen nachvollzogen und keine Hinweise darauf feststellen können. Auch das Argument der vereinbarten Vertraulichkeit sei nicht nachzuvollziehen, denn das bedeute nur, dass die Mitarbeiter anonym bleiben und nicht befürchten müssen, dass die Aussagen zuzuordnen seien. Das bedeute aber nicht, dass die Ergebnisse nicht verwendet werden dürfen, denn das sei erforderlich um entsprechende Schlussfolgerungen ziehen zu können. Er fordere nachdrücklich, das zu bedenken und in die weitere Berichterstattung einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass es eine umfangreiche Berichterstattung gegeben habe und auch aus der Mitarbeiterbefragung kein „Hehl“ gemacht worden sei. Im Ergebnis sei z.B. die Zusammenarbeit mit dem Büro des Oberbürgermeisters bzw. die Zusammenarbeit mit Sanierungs- und Entwicklungsträger kritisiert worden. Die Frage sei, inwiefern diese Detailkenntnisse nützlich sein sollen. Er zitiert aus der mit dem Personalrat geschlossenen Vereinbarung, die beinhaltet, dass keine Daten an Dritte weiterzugeben seien. Darüber hinaus seien die Untersuchungsergebnisse auch im Intranet der Stadtverwaltung zugänglich.

Frau Dr. Müller meint, es gebe hier scheinbar eine unterschiedliche Sichtweise darüber, welche Informationen Stadtverordnete brauchen und welche nicht. Wenn die Weitergabe an Dritte ausgeschlossen werde, so sei die Frage, was an Dritte nicht weitergegeben werden dürfe. Darauf entgegnet der Oberbürgermeister, dass damit konkrete Daten, und Herr Exner ergänzt, alle reanonymisierbaren Daten zu verstehen seien. Der Gesetzgeber habe deshalb für eine derartige Befragung die Zustimmungspflicht durch den Personalrat festgelegt. Er sehe hier auch einen Schaden für die Zukunft, wenn die vereinbarte Zusicherung seitens der Verwaltungsspitze nicht eingehalten werde.

Herr Dr. Scharfenberg fragt, in welcher Form der Oberbürgermeister die Daten erhalten habe und fordert, sie in genau der gleichen Art und Weise den Stadtverordneten zugänglich zu machen, denn man wolle „auf gleicher Augenhöhe“ miteinander reden. Da könne es nicht sein, dass der Oberbürgermeister mehr wisse als die Stadtverordneten.

Herr Schüler meint, er könne sich daran erinnern, dass Herr Drost in seinem Bericht von einer Mitarbeiterbefragung im Zusammenhang mit Motivationsunterschieden gesprochen habe. Auch er finde die Information über die Ergebnisse „schlecht“ und die Vertraulichkeit sehr weit gefasst. Die Kenntnis, auf welcher Grundlage Schlussfolgerungen gezogen werden, sei schon wichtig für die Stadtverordneten.

Darauf hin sagt der Oberbürgermeister zu, die zusammengefassten Ergebnisse als Grundlage für die Schlussfolgerungen zum nächsten Hauptausschuss auszureichen und betont, dass das aber nur nicht reanonymisierbare Daten sein wer-

den.

Frau Bankwitz richtet die dringende Bitte an den Oberbürgermeister zu prüfen, wer von dem sicher überschaubaren Personenkreis die vertraulichen Informationen an die Presse weitergegeben habe und fragt, ob es dazu bereits Aktivitäten gebe, was der Oberbürgermeister bejaht.

Frau Kirchner wolle wissen, was die Verwaltung mit der Befragung erreichen wollte, ob diese Ziele erreicht wurden und mit welchen Konsequenzen. Der Oberbürgermeister stellt fest, dass das die Struktur für das zum 28.11. auszureichende Material sein werde.

## **zu 8      Sonstiges**

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob nach der Ablehnung des Feldversuchs in der Zeppelinstraße davon auszugehen sei, dass dieser entsprechend der Aussage von Frau Dr. von Kuick-Frenz nicht stattfindet oder ob der Oberbürgermeister sich weitere Entscheidungen vorbehalten.

Der Oberbürgermeister bestätigt die Aussage der Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen.